

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung und eröffnet diese.

Es wird kein Widerspruch gegen die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erhoben.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Herrn Wieprecht und Herrn Dr. Ernstberger zum Geburtstag, ebenso Herrn Ilmberger zum 50. Geburtstag.

865 20 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

Genehmigung der Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen

866 20 Beschluss: 20 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2012, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

Volksbegehren „Nein zu Studienbeiträgen in Bayern“:

a) Vorschlag der Verwaltung zu den Eintragungsfristen

b) Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweitung der bürgerfreundlichen Eintragungsfristen

a) Vorschlag der Verwaltung zu den Eintragungsfristen

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat am 22.10.2012 entschieden, dass das Volksbegehren „Grundrecht auf Bildung ernst nehmen - Studienbeiträge abschaffen!“ zulässig ist.

Daraufhin hat das Bayerische Staatsministerium des Innern die Auslegung und die damit verbundene Eintragsfrist festgelegt, und zwar auf den Zeitraum von Donnerstag, den 17.01.2013 bis Mittwoch, den 30.01.2013.

Das gesetzliche Mindestmaß sieht gem. § 79 Absatz 2 Landeswahlgesetz die Auslegung in folgenden Zeiten vor:

1. an den Werktagen von Montag bis Freitag von 8 Uhr bis 12 Uhr,
2. an den Werktagen von Montag bis Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr,
3. an einem Werktag von Montag bis Freitag bis 20 Uhr,

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

4. an einem Samstag oder Sonntag zwei Stunden und
5. an gesetzlichen Feiertagen zwei Stunden; auf diese Auslegung kann vorbehaltlich Satz 2 verzichtet werden, wenn die Eintragung an einem weiteren Samstag oder Sonntag zwei Stunden oder an einem weiteren Werktag bis 20 Uhr ermöglicht wird, dass während der zweiwöchigen Eintragsfrist zusätzliche Eintragszeiten an mindestens einem Abend sowie am Wochenende angeboten werden.

Die Verwaltung plant, wie in vergleichbaren Fällen bereits praktiziert, bürgerfreundliche Eintragszeiten anzubieten, die über die üblichen Öffnungszeiten des Rathauses sowie über das gesetzliche Mindestmaß hinaus den Bürgerinnen und Bürgern eine Teilnahme am Volksbegehren ermöglichen sollen. Die derzeit vorgesehenen Eintragszeiten können der beiliegenden vorläufigen Planungsübersicht entnommen werden.

Die Eintragslisten sollen im Rathaus ausgelegt werden. Wer wegen Krankheit oder körperlicher Behinderung während der gesamten Eintragszeit nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten in der Lage ist, einen Eintragsraum aufzusuchen, kann zudem eine Hilfsperson mit der Eintragung beauftragen. Eine Einrichtung sog. „mobiler Eintragsräume“ ist daher aus Sicht der Verwaltung und aufgrund der großzügigen Eintragszeiten nicht erforderlich. Zudem ist die Kontrolle der Teilnahmeberechtigung der einzelnen Personen am Volksbegehren ohne Zugriff auf die Meldedaten schwierig. Ebenso bedeuten weitere Eintragsräume, die in der Regel in größeren Städten und Gemeinden eingerichtet werden, einen Mehraufwand an Personal, der in Verbindung mit den erweiterten Eintragszeiten nicht geleistet werden kann.

867 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung und Planung der Verwaltung und beschließt, zur Durchführung des Volksbegehrens die vorgelegten erweiterten Eintragszeiten festzulegen.
Neben dem Rathaus werden keine weiteren Eintragsräume eingerichtet.

- siehe Beilage -

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- 868 20 b) Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweitung der
bürgerfreundlichen Eintragsfristen

Mit Schreiben vom 01.12.2012 hat Bündnis 90 / Die Grünen die Ausweitung der bürgerfreundlichen Eintragszeiten während des anstehenden Volksbegehrens zu den Studiengebühren beantragt.

Das Antragsschreiben wurde den Mitgliedern mit der Sitzungseinladung zugestellt.

Demnach soll die Verwaltung beauftragt werden, während der zweiwöchigen Eintragsfrist des Volksbegehrens „Nein zu Studienbeiträgen in Bayern“ zusätzlich zu den üblichen Öffnungszeiten während des Parteiverkehrs von Montag bis Freitag wenigstens dreimal in den Abendstunden und an beiden Samstagen die Möglichkeit der Eintragung anzubieten.

Weiterhin sollen neben den Verwaltungsgebäuden am Samstag mobile Eintragungsräume angeboten werden, um

- während des Wochenmarktes
- in Ortsteilen mit schlechter Verbindung, z.B.: Neubuchstraße
- sonstigen sich anbietenden Örtlichkeiten, wie das Alten- und Pflegeheim

die Eintragung in das Volksbegehren zu ermöglichen. Das Anbieten von zusätzlichen stationären Eintragungsräumen ist zu prüfen.

Als Begründung wird angeführt, dass der Gesetzgeber die Kommunen in Art. 68 Absatz 2 des Bayerischen Landeswahlgesetzes verpflichtet, „ausreichend Gelegenheit“ zu bieten, damit sich jede stimmberechtigte Person beteiligen kann. Das sei vor allem durch Eintragszeiten über die üblichen Öffnungszeiten während des Parteiverkehrs hinaus sicherzustellen. Daher verweise das Gesetz ausdrücklich darauf, dass die Eintragungsstunden „so zu bestimmen“ seien, dass eine Eintragung möglich wird.

Zusätzlich seien zusätzliche Eintragungsräume vor Ort nötig, um die Wahrnehmung der demokratischen Abstimmungsrechte nicht mit zu hohen Hürden zu versehen. Gerade mobile Eintragungsräume, die in den Ausführungsbestimmungen des Staatsministeriums des Inneren zu vergangenen Volkbegehren ausdrücklich erwähnt werden, könnten helfen, in sozialen Einrichtungen und in abgelegenen Wohnbereichen eine Eintragungsmöglichkeit anzubieten.

Auf Befragen durch den Vorsitzenden teilt der Antragsteller Herr Mecke mit, dass sich der Antrag erledigt hat, da im Vorbeschluss erweiterte Öffnungszeiten für die Eintragsfristen zum Volksbegehren beschlossen wurden.

Az.: 0043

1; 0

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag der CSU- Fraktion auf Zusatzausstattungen im Bürgerhaus

Mit Schreiben vom 28.09.2012 hat die CSU- Fraktion die Anschaffung von Zusatzausstattungen im Bürgerhaus beantragt.

Der Vorsitzende bringt das Antragsschreiben zur Kenntnis.

Die CSU-Fraktion beantragt, dass zur verbesserten Nutzung des Bürgerhauses für Veranstaltungen von Unterföhringer Vereinen und Organisationen bauseitig und in der Ausstattung alle Voraussetzungen dahingehend geschaffen werden, alle bisher in der Gemeindehalle stattgefundenen Veranstaltungen uneingeschränkt auch im neuen Bürgerhaus zu ermöglichen.

Als Begründung wird angeführt, dass nach Abriss der Gemeindehalle einige Veranstaltungen örtlicher Vereine und Organisationen mangels ausreichender Räumlichkeiten in Unterföhring nicht mehr durchgeführt werden können. Das neue Bürgerhaus sei aufgrund seiner baulichen Beschaffenheit für die örtlichen Vereine und Organisationen nur bedingt nutzbar.

Die Verwaltung soll beauftragt werden, die baulichen Rahmenbedingungen für die Nutzung des Bürgerhauses zu schaffen, wie die Anschaffung eines zusätzlichen mobilen Bodenbelags, um z.B. die Aufstellung von Biertischgarnituren zur ermöglichen (Starkbierfest u.a.) sowie die Anschaffung von mobilen Raumteilern, damit der große Saal auch für Veranstaltungen mit geringerer Besucherzahl optimal genutzt werden kann.

Die Verwaltung soll gebeten werden, die dazu erforderlichen Maßnahmen zu prüfen und zu veranlassen. Die Kosten der Maßnahmen sollen aus den Haushaltsmitteln für den Unterhalt des Gebäudes bestritten werden.

In diesem Zusammenhang sei auf den Antrag der PWU-Fraktion vom 20.06.2012 verwiesen. Hier wurde die Errichtung eines Feststadls für ca. 300 Personen für Vereinsveranstaltungen behandelt. Dieser Antrag wurde im Gemeinderat vom 26.07.2012 abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag der CSU-Fraktion:

869 20 Beschluss: 13 : 7

Zur verbesserten Nutzung des Bürgerhauses für Veranstaltungen von Unterföhringer Vereinen und Organisationen werden bauseitig und in der Ausstattung alle Voraussetzungen dahingehend geschaffen, alle bisher in der alten Gemeindehalle stattgefundenen Veranstaltungen uneingeschränkt auch im neuen Bürgerhaus zu ermöglichen.

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

870 20 Ergänzungsbeschluss: 13 : 7

Der Gemeinderat legt fest, dass gemäß Antrag der CSU-Fraktion vom 28.09.2012 zur verbesserten Nutzung des Bürgerhauses für Veranstaltungen von Unterföhringer Vereinen und Organisationen konkret folgende Maßnahmen getroffen werden:

- Anschaffung von 35 Biertischgarnituren (mit Filzgleitern), die auf einem eigenen Anhänger in der Tiefgarage gelagert werden.
Hinweis: Diese können auch für andere Innenveranstaltungen (z. B. Sportzentrum, Grundschule) bei Bedarf verwendet werden.
- Ein geeigneter Raumteiler (textil) auf Höhe der Galerie unter Beachtung von Statik, Brandschutz usw. wird angeschafft.
- Ein mobiler Bodenbelag im Bürgerhaus ist derzeit nicht erforderlich.
- Für besondere Veranstaltungen (gilt nur für 2013 und 2014) kann von den Vereinen und Organisationen rechtzeitig die Aufstellung eines Zeltes am Festplatz angefordert werden.
Die Kosten hierzu trägt die Gemeinde (Haushaltsmittel werden zur Verfügung gestellt).

Az:

1; 2; 3; 4

Antrag der PWU-Fraktion zur Erweiterung der Betriebszeiten der Ortsbuslinie 232 an Sonn- und Feiertagen (Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses)

Mit Schreiben vom 08.11.2012 hat die PWU-Fraktion die Erweiterung der Betriebszeiten der Buslinie 232 (Ortsbus) an Sonn- und Feiertagen beantragt.

Der Vorsitzende bringt das Antragsschreiben zur Kenntnis.

Die PWU-Fraktion beantragt, dass der Ortsbus 232 auch an Sonn- und Feiertagen zwischen den Haltestellen St. Emmeram und Fichtenstraße verkehrt. Als Betriebszeit wird 09:00 Uhr bis 17:00 Uhr bzw. alternativ 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr im Vierzig-Minuten-Takt vorgeschlagen.

Als Begründung wird angeführt, dass es für Seniorinnen und Senioren aus der Fichten- und Ahornstraße, die schlecht zu Fuß sind, zur Zeit nicht möglich sei, an Sonn- und Feiertagen mit öffentlichen Verkehrsmitteln beispielsweise in die „Ortsmitte“ von Unterföhring, z.B. für den Besuch eines Cafés, zum S-Bahnhof oder zu einer anderen Umsteigemöglichkeit (Buslinie 231 und 50, Straßenbahnlinie 16) zu gelangen.

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Verwaltung soll beauftragt werden, beim Betreiber einen Kostenvoranschlag für den Einsatz der Buslinie 232 (Ortsbus) einzuholen und dem Gemeinderat zeitnah vorzulegen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel sollen ab dem Haushalt 2013 berücksichtigt werden. Nach einem Erprobungszeitraum von einem Jahr soll die Fahrplanausweitung überprüft werden.

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss hat den vorliegenden Antrag in seiner Sitzung am 27.11.2012 vorberatend behandelt und hat mit Beschluss, Nr. 591, entschieden, dem Gemeinderat die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Zeitgleich wurde ein Ergänzungsantrag gestellt, der anstatt der beantragten Erweiterung der Betriebszeiten der Ortsbuslinie 232 die Prüfung auf Einführung eines sog. Anruf-Sammeltaxis zum Gegenstand hat.

Ein Anruf-Sammeltaxi übernimmt auf Abruf Transportfahrten entlang bestehender Buslinien. Im Vergleich zu einer Buslinie, die zu festen Zeiten und unabhängig davon, ob Fahrgäste den Service in Anspruch nehmen oder nicht, die Route abfährt, kommt ein Anruf-Sammeltaxi nur bei Bedarf und aufgrund des Anrufs eines oder mehrerer Fahrgäste. Hierdurch können Sonn- und Feiertagsfahrten bei wesentlich niedrigeren Fixkosten angeboten werden.

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss ist dem Ergänzungsantrag auf Einführung eines sog. Anruf-Sammel-Taxis gefolgt und hat beschlossen (Beschluss Nr. 592 vom 27.11.2012), dem Gemeinderat dieses entsprechend zu empfehlen.

Abstimmung über den Antrag der PWU:

871 20 Beschluss: 7 : 13

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Erweiterung der Betriebszeiten der Ortsbuslinie 232 an Sonn- und Feiertagen mit Fahrtzeiten zwischen 09:00 Uhr und 17:00 Uhr bei einer Taktung von 40 Minuten zu prüfen. Hierzu ist eine Kostenermittlung vorzunehmen.

Das Ergebnis der Prüfung sowie die zu erwartenden Mehrkosten sind dem Gemeinderat zeitnah für eine Entscheidung über die Einführung vorzulegen.

Nachdem dieser Antrag keine Mehrheit findet, ist er abgelehnt.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag zur Einführung eines Anruf-Sammeltaxis:

Nunmehr lässt der Vorsitzende über den Ergänzungsantrag aus der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.11.2012 hinsichtlich der Einführung eines Anruf-Sammeltaxis abstimmen.

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

872 20 Beschluss: 20 : 0

Auf der gesamten Linie 232 ist für Sonn- und Feiertage ein Anruf-Sammeltaxi für einen Erprobungszeitraum von einem Jahr einzurichten. Anschließend ist ein Erfahrungsbericht vorzulegen.

Az.: 6010
1.0; 2; 3

Antrag der Hospizinitiative Unterföhring auf Errichtung einer Gedenkstätte für Sternenkinder auf dem Parkfriedhof

Die Hospizinitiative hat mit Schreiben vom 17.11.2012 um die Errichtung einer Gedenkstätte für „Sternenkinder“ auch auf den Unterföhringer Friedhöfen gebeten.

Die Verwaltung schlägt vor, an einer geeigneten Stelle im Parkfriedhof Unterföhring durch eine Skulptur, die als Gedenkstein für Sternenkinder speziell angefertigt werden soll, eine Gedenkstätte einzurichten.

Hinweis:

Bei Fehl- oder Totgeburten, bei denen die verstorbene Leibesfrucht ein Gewicht unter 500 g aufweist, finden für die leblos geborenen Kinder kraft Gesetzes (Art. 6 Bestattungsgesetz) nicht in allen Fällen Beisetzungen statt. Aber auch Eltern, die auf diese tragische Weise ihr Kind verloren haben, wünschen sich oftmals die Möglichkeit des Gedenkens und Trauerns. Daher sind bereits auf vielen Friedhöfen Bereiche entstanden, an denen durch Skulpturen, Denkmäler o. ä. ein zentraler Ort des Gedenkens für die sog. Sternenkinder geschaffen wurde.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er sich an der Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt nicht beteiligt, da seine Frau Antragstellerin ist.

873 19 Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat befürwortet den Antrag der Hospizinitiative vom 17.11.2012 und beauftragt die Verwaltung, die Errichtung einer Gedenkstätte für Sternenkinder im Parkfriedhof Unterföhring im Grabfeld II/8 vorzubereiten. Hierzu soll ein geeigneter Gedenkstein vorgeschlagen und dem Gemeinderat zeitnah zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Kosten der Errichtung sowie die Pflege der Gedenkstätte übernimmt die Gemeinde. Haushaltsmittel werden 2013 und Folgejahre entsprechend zur Verfügung gestellt.

Der Erste Bürgermeister hat sich an der Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt nicht beteiligt.

Az.:
3.1, 1

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aufhebung und Neuerlass der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Unterföhring (Kostensatzung – KS)

Herr Rott verlässt um 20.16 Uhr den Sitzungssaal.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Entwurf der geänderten Kostensatzung zugestellt wurde.

Gemäß dem Bayerischen Kostengesetz sind die Kommunen verpflichtet, bei Amtshandlungen im übertragenen Wirkungskreis Verwaltungskosten zu erheben (Art. 1 Abs. 1 Satz 3 KG). Die Erhebung kann bei Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis erfolgen, wenn hierfür eine Kostensatzung besteht (Art. 20 KG).

Die Verwaltung schlägt vor, die Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten vom 15.05.2011 für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis zu ändern. Die Gebühren sollen mit einem mittleren Wert festgesetzt werden.

Hierzu erging dahingehend am 02.08.2011, Nr. G47, im Finanzausschuss ein Empfehlungsbeschluss für den Gemeinderat, auf den hiermit hingewiesen wird.

Die Änderungen der Kostensatzung wurden dem Landratsamt zur Prüfung vorgelegt. Die Empfehlungen des Landratsamtes München wurden eingearbeitet.

874 19 Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Aufhebung und dem Neuerlass der im Entwurf vorgelegten Verwaltungskostensatzung zu.

Die alte Satzung tritt zum 31.12.2012 außer und die neue Satzung zum 01.01.2013 in Kraft.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Rott war zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend.

- siehe Beilage -

Az.: 923/1
2.1; 0.1

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 36a/12 zur Nutzungsänderung von Büros in Wohnraum an der Siedlerstraße 2; Aufstellungsbeschluss (Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses)

Zu Beginn dieses Tagesordnungspunkts teilt das Gemeinderatsmitglied Herr Kemmelmeier mit, dass es sich an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligen wird.

Der Vorsitzende gibt den Antrag auf Nutzungsänderung von Büros in Wohnraum im Rahmen einer Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes der Blue Asset Management GmbH, München, an der Siedlerstraße 2, Fl.Nr. 177/0, vom 01.10.2012 bekannt. Die Planzeichnungen der Firma Ten Brinke Industrie- und Gewerbebau GmbH & Co.KG, Bocholt, vom 30.04.2012, werden zur Einsichtnahme vorgelegt.

Für das Grundstück Fl.Nr. 177/0 (5.043 m²), das im Flächennutzungsplan als Mischgebiet ausgewiesen ist, besteht der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 36/87, Teilfläche östlich der Münchner Straße, nördlich der Moosstraße, im Bereich der Siedlerstraße und des Gewerbegebiets Überland (jetzt Kiesa). Der Bebauungsplan setzt im Baufeld D im westlichen Bereich (an der Münchner Straße) ausschließlich eine Gewerbenutzung fest, nur im östlichen Bereich ist Wohnen zulässig. Außerdem setzt der Bebauungsplan eine GFZ von 0,6, eine GRZ von 0,3, im östlichen und westlichen Gebäudeteil max. zwei Vollgeschosse und im mittleren Gebäudeteil drei Vollgeschosse fest.

Der Antragsteller teilt mit Schreiben vom 01.10.2012 mit, dass es sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass auf Grund der Einschränkungen der Bereiche Wohnnutzung in Verbindung mit Gewerbenutzung in einem Gebäude, eine Bewirtschaftung dieses Gebäudes sehr schwierig gestaltet und in den vergangenen zwei Jahren keine Nachvermietung erfolgen konnte. Daher beantragt die Firma Blue Asset Management GmbH den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 36/87, Teilfläche östlich der Münchner Straße, nördlich der Moosstraße, im Bereich der Siedlerstraße und des Gewerbegebiets Überland (jetzt Kiesa), dahingehend zu ändern, dass auch im westlichen Bereich an der Münchner Straße ebenfalls eine Wohnnutzung zulässig ist.

Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 23.10.2012, Nr. 578, in Erinnerung, in dem dem Antrag auf Nutzungsänderung von Büros in Wohnraum vorberatend grundsätzlich zugestimmt wurde.

875 18 Beschluss: 18 : 0

Dem Antrag auf Nutzungsänderung von Büros in Wohnraum im Baufeld D im Rahmen einer Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 36/87, Teilfläche östlich der Münchner Straße, nördlich der Moosstraße, im Bereich der Siedlerstraße und des Gewerbegebiets Überland (jetzt Kiesa), der Blue

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Asset Management GmbH, München, an der Siedlerstraße 2, Fl.Nr. 177/0, vom 01.10.2012, wird dem Grunde nach mit folgenden Maßgaben zugestimmt:

- Es ist ein vorhabenbezogenes Änderungsbebauungsplanverfahren gemäß §§ 2 und 1 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten und durchzuführen. Mit dem Bebauungsplanänderungsverfahren ist der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, München, zu beauftragen.
- Auf die umliegenden Immissionen und Emissionen sowie die nahe gelegene Gemengelage an der Münchner Straße Staatsstraße St 2053 / Bahnlinie M Steinwerk –Waldtrudering wird besonders hingewiesen und durch geeignete Nachweise (z. B. Gutachten etc.), die eine beeinträchtigungsfreie Wohnnutzung für den beantragten Baubereich D ermöglichen, zu belegen.
- Die entstehenden Kosten für das Änderungsbebauungsplanverfahren sind vom Antragsteller, der Blue Asset Management GmbH, München, zu übernehmen.

Die Gemeinderatsmitglieder Herr Rott und Herr Kemmelmeier haben nicht abgestimmt.

Az.: 6010
3.1

Herr Rott kehrt um 20.22 Uhr in den Sitzungssaal zurück.

Nahverkehrsplan für den Landkreis München (Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses)

Der Bürgermeister erläutert, dass für das Nahverkehrskonzept im Landkreis München ein erster Entwurf der Firma planmobil Verkehrskonzepte, Kassel, vom 31.10.2012 vorliegt. Der komplexe Plan dokumentiert, wie das Netz aus Bussen, Tram-, S- und U-Bahnen im Münchner Umland ausgelastet ist und wie es optimiert werden kann.

Folgende Optimierungsmaßnahmen betreffen die Gemeinde Unterföhring:

Buslinie 231: Verdichtung des Bedienungsangebotes und Anpassung des Linienwegs

- Verdichtung auf einen durchgehenden 10-Minuten-Takt in der HVZ (Hauptverkehrszeit) und NVZ (Nebenverkehrszeit, Mo.-Fr.) zwischen Studentenstadt und Ismaning, Sa. in der NVZ auf einen 20-Minuten-Takt
- Integration des Streckenabschnitts zwischen Ismaning S-Bahnhof

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

und Ismaning Carl-Zeiss-Ring in die Linie 231 zur Verbesserung des Ortskerns in Ismaning (Bedienung Richtung Dorfstraße – Waldorfschule zu den schulverkehrsrelevanten Zeiten)

- Prüfung: Maßnahmen für ein hochwertiges Bussystem mit Beschleunigung und entsprechender Vermarktung sowie Weiterführung in den Münchner Norden

Ortsbuslinie 232: Anpassung des Linienweges und Ausweitung in der SVZ (Spitzenverkehrszeit)

- Änderung des Linienweges in Unterföhring über die Blumenstraße (anstatt Münchner Straße)
- Ausweitung des Bedienungsangebots spätabends bzw. an Sonntagen
- Prüfung: Warteposition und Wendemöglichkeit an der Endhaltestelle St.-Emmeram

Buslinie 188: Einstellung des Streckenabschnitts in Unterföhring

- Aufhebung der Bedienung zwischen St.-Emmeram und Unterföhring, Fichtenstraße
- Übernahme des Bedienungsangebotes durch die Ortsbuslinie 232

Buslinien 188/232: Alternative Maßnahmenkonzeption

- Aufhebung der Ortsbuslinie 232 und Integration des Linienweges in die Linie 188
- Die Linie 188 hätte somit die Funktion, Unter- und Oberföhring miteinander und mit dem Trambahn-Verknüpfungspunkt St.-Emmeram zu verbinden sowie den Ortsverkehr in Unterföhring durch Führung der Linie über die Mitterfeldallee, S-Bahnhof Unterföhring und Fichtenstraße zu übernehmen.
- Prüfung: Fahrzeugeinsatz Linie 188 (Standardbus) und vielfältige Fahrplananbindungen und Anschlüsse auf die langlaufende Linie zwischen Westerlandanger und Unterföhring

Neue Linie 234: Neue Verbindung Messestadt – Feldkirchen – Aschheim – Unterföhring – St.-Emmeram

- Direkte Verbindung von der Messestadt West über Feldkirchen und Aschheim zum Gewerbegebiet Unterföhring und weiter bis nach St.-Emmeram
- Verknüpfung zur S-Bahn in Feldkirchen und Unterföhring, zur U-Bahnhaltestelle in der Messestadt sowie zur Linie 233 in Unterföhring in Richtung Studentenstadt und zur Trambahn St.-Emmeram
- Linienführung in Aschheim über Erdinger Straße, B 471 (Overfly, XXXLutz) und Eichendorffstraße
- Direkte Anbindung der Riem-Arcaden als wichtiges Einzelhandelszentrum für den östlichen Landkreis München
- Prüfung: Warte-/Wendeposition in St.-Emmeram

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Kosten und Kostenverteilung für die Maßnahmen müssen noch ermittelt werden und den Beteiligten zur Entscheidung vorgelegt werden.

Der Bürgermeister gibt den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.11.2012, Nr. 590, bekannt, in dem der Nahverkehrsplan für den Landkreis München vorberatend behandelt wurde.

876 20 Beschluss: 20 : 0

Im Rahmen des Nahverkehrskonzeptes im Landkreis München bringt die Gemeinde Unterföhring folgende Hinweise und Anregungen vor:

- Buslinie 231
Der Verdichtung des Bedienungsangebotes und Anpassung des Linienwegs der Buslinie 231 wird zugestimmt. Die Kosten sollen wie bisher zu 1/3 die Gemeinde Unterföhring und zu 2/3 die Gemeinde Ismaning tragen. Die Linienänderung in Ismaning wird von der Gemeinde Unterföhring kostenmäßig nicht mitgetragen.
- Ortsbuslinie 232
Die Linienführung der Ortsbuslinie soll unverändert beibehalten werden. Eine Ausweitung des Bedienungsangebotes an Sonn- und Feiertagen durch die Einführung eines Rufbusses bzw. Anruf-Sammeltaxis ist einzurichten.
- Neue Linie 234
Der neuen Verbindung Messestadt – Feldkirchen – Aschheim – Unterföhring – St.-Emmeram wird zugestimmt.
- Buslinie 188
Die Buslinie 188 soll unverändert beibehalten werden.

Az.: 6010

3.1, 1

Schülerweiterung Grundschule Unterföhring;

a) Sachstandsbericht

b) Festlegung Sichtbeton und Sichtbetonmatrizen

(Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses)

c) Festlegung Standort Mosaik (Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses)

Der Erste Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Gemeinderates seit 14.10.2010, Nr. 512, sowie des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses seit 28.09.2010, Nr. 302, in Erinnerung.

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

877 20 a) Sachstandsbericht

Im Energiekonzept des Ingenieurbüros Thomas Leiser, Würzburg, vom 01.07.2012 wurden Angaben hinsichtlich Beleuchtung und Ausnutzung des Tageslichts (energetische/wirtschaftliche Betrachtung) getroffen. Durch die Ausnutzung des Tageslichts kann in Verbindung mit Präsenzmeldern für die Kunstlichtsteuerung eine erhebliche Energieeinsparung erreicht werden. Soweit wirtschaftlich und energetisch zweckmäßig, werden LED-Leuchten geplant.

In den Klassenräumen und Fluren wird die Decke als glatter Sichtbeton mit Akustikbaffeln ausgeführt. Aus diesem Grund müssen die Leuchten abgehängt werden. Für die Erlangung einer guten Lichtqualität werden die Wand- und Deckenflächen mittels indirekter Beleuchtung aufgehellert, was einen Indirektanteil der Leuchten erfordert. Nach Angaben des Ingenieurbüros Wieder (Elektroplanung), Erding, sind derzeit keine wirtschaftlichen Leuchten auf dem Markt verfügbar.

Die Variantenuntersuchung zum Einsatz von LED des Ingenieurbüros Wieder, Erding, vom 09.11.2012 wird dem Gremium bekannt gegeben. Wie aus der Variantenuntersuchung des planenden Ingenieurbüros Wieder ersichtlich, ist der Einsatz von LED in den Fluren aus wirtschaftlichen Gründen (fehlende Lichtstärke) nicht möglich. Der Einsatz von LED erfordert durch den Indirektanteil eine doppelte Ausleuchtung, wiederum einen höheren Energieverbrauch (50 % bis 100 %) verursacht. Die erforderliche (gemäß geltenden Richtlinien) und gewünschte Deckenaufhellung ist mit LED (Stand 2012) nicht bzw. nicht ausreichend gegeben.

Aus der Mitte des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses wurde angeregt, den Fachplaner Elektrotechnik bzgl. der Themen LED, Klassenräumen, Höhe der Energiekosten, zur nächsten Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses im Januar 2013 einzuladen.

Im Bereich der beiden Schulsporthallen ist der Einsatz von LED auf Grund der erforderlichen Ballwurfsicherheit nach DIN nicht möglich. Nach Aussage des planenden Büros IB Wieder, Erding, sind derzeit keine ballwurfsicheren Leuchten mit LED-Technik für Sporthallen auf dem Markt.

Sollten technische Lösungen im Bereich LED am Markt angeboten werden, kann zu jederzeit eine Umrüstung (in LED) erfolgen.

Folgender Leuchtmiteinsatz ist gemäß Entwurfsplanung des Ingenieurbüros R. Wieder, Erding, vom 22.06.2012, vorgesehen:

Raum	Leuchtmittel
------	--------------

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Klassen- und Fachklassenräume (Musikraum und EDV-Raum 2. OG)	<ul style="list-style-type: none">• abgependeltes direkt/indirekt strahlendes System, geschaltet in Gruppen + Tafelbeleuchtung• konventionelle Lichtschalter, zusätzlich Präsenzmelder• Tafelbeleuchtung asymmetrisch strahlende Leuchten
Technik und Lagerräume	<ul style="list-style-type: none">• Wannenleuchten in Feuchtraumtechnik
WC-Bereiche	<ul style="list-style-type: none">• LED-Einbaudownlights in abgehängten Decken• zusätzlich Spiegelleuchten LED
Flure im Klassenbereich	<ul style="list-style-type: none">• opale Aufbau- Langfeldleuchten
Treppenhäuser sowie Flure Sporthallenbereich	<ul style="list-style-type: none">• Aufbauleuchten an Decken und Wänden an Sichtbetonflächen
Schulsporthallen	<ul style="list-style-type: none">• ballwurfsichere LL- Langfeldleuchten als abgependelte Anbauleuchten zwischen Binder und Sparren
Eingangsbereich und Mensa	<ul style="list-style-type: none">• abgependelte opale Rundleuchten mit unterschiedlichen Durchmessern
Außenanlagen	<ul style="list-style-type: none">• Lichtbauelemente mit LED

Alle Leuchten werden grundsätzlich mit elektronischen Vorschaltgeräten und energiesparenden Leuchtmitteln ausgestattet. Eine LED-Nachrüstung ist nach wie vor jederzeit machbar.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Az.: 621
3.1

b) Festlegung Sichtbeton und Sichtbetonmatrize (Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses)

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 12.07.2012, Nr. 803, wurde dem Entwurf des Architekturbüros Bayer & Strobel, Kaiserslautern, zur Erweiterung der Grundschule Unterföhring zugestimmt. Dieser Entwurf sieht in einigen Bereichen Wand- und Deckenflächen (Deckenflächen werden überwiegend mit Akustikmaterialien wie z.B. Baffeln ausgeführt) als glatten

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Sichtbeton vor. Im Bereich der beiden Flure (1. und 2. OG) der Umkleiden der Schulsporthallen zur Münchner Straße hin und der Wand der Speisenausgabe in der Mensa soll eine Sichtbetonmatrize verwendet werden. Die Flurwand zu den Schulsporthallen bildet als Sichtbetonfläche einen Teil der Platzfassade zur Münchner Straße. Mit der gewählten Sichtbetonmatrize (Struktur) wird ein geschossübergreifendes Schalungsbild erzeugt und verstärkt und verleiht den sichtbaren Wandflächen dadurch eine gewisse Ausdruckskraft. Die Sichtbetonmatrizen werden auch zur Schaffung glatter Flächen für Installationen wie Lichtschalter, Sockel, oberer Abschluss, Türausschnitte etc. in die Schalung gesetzt und erzeugen dadurch eine natürliche Rahmung.

Als Sichtbetonmatrize für die Bereiche der beiden Flure der Umkleiden der Schulsporthallen im 1. und 2. OG sowie der Speisenausgabe in der Mensa werden seitens Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, folgende Modelle der Firma RECKLI, in der gewünschten Reihenfolge zur Auswahl vorgeschlagen.

1. 2/42 Naab
2. 2/37 Lenne
3. 2/98 Vltava (Moldau)
4. 2/25 Eder

Die Sichtbetonmatrize 2/25 Eder wurde im Fachplaner-Jour-Fixe am 21.11.2012 in Anlehnung an die Struktur der Sichtbetonmatrizen im Bürgerhaus zur Diskussion für das Gremium mit aufgenommen. Die im Bürgerhaus verwendete Sichtbetonmatrize „FÖHRING“ der Firma Noé kann auf Grund der Matrizenstärke in Verbindung mit der Einsatztechnik (abschnittsweiser Einsatz in die Schalung) beim Bauvorhaben Schulerweiterung Grundschule Unterföhring nur unter erheblichem baulichem und kostentechnischem Aufwand verwendet werden.

Eine Visualisierung (Bildmaterial) des Architekturbüros Bayer & Strobel wird dem Gremium zugestellt.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die heute vorgestellten Muster (Sichtbetonmatrizen) im Gewerk Baumeisterarbeiten der Kostenberechnung vom 04.07.2012 (Gemeinderatsbeschluss vom 12.07.2012, Nr. 803) enthalten sind.

Der Bürgermeister gibt den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.11.2012, Nr. 601, bekannt, mit welchem die Verwendung der Sichtbetonmatrize 2/25 Eder sowie Sichtbeton in der hellsten Variante Naturbeton empfohlen wurde.

Die Muster der Sichtbetonmatrizen wurden dem Gremium vorgelegt und erläutert. Aus der Mitte des Gremiums wurde nach eingehender und ausführlicher Diskussion folgende Änderung des Vorschlags des

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Architekturbüros Bayer & Strobel, Kaiserslautern, als Empfehlung an den Gemeinderat ausgesprochen:

Mit Ausnahme der Sichtbetonmatrize in den Fluren zu den Umkleiden der Schulsporthalle im 1. und 2. OG sowie der Speisenausgabe im Bereich der Mensa sind alle weiteren Wandflächen zu verputzen bzw. zu fliesen.

878 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat schließt sich teilweise den Gestaltungsvorschlägen des Architekturbüros Bayer & Strobel, Kaiserslautern, mit folgenden Ergänzungen an:

Mit Ausnahme der Sichtbetonmatrize in den Fluren zu den Umkleiden der Schulsporthalle im 1. und 2. OG sowie der Speisenausgabe im Bereich der Mensa sind alle weiteren Wandflächen zu verspachteln/verputzen bzw. zu fliesen.

Der Verwendung der Sichtbetonmatrize 2/25 Eder der Firma RECKLI in den vorgenannten Bereichen wird zugestimmt.

Für die Farbgestaltung bzw. Schattierung des Sichtbetons wird die hellste Variante Naturbeton festgelegt.

Zu gegebener Zeit ist ein Farbkonzept für die noch festzulegenden Wandflächen in Abstimmung mit der Schulleitung dem Gremium vorzustellen.

Az.: 621/1
3.1, 3.4

Herr Unterstein verlässt um 20.39 Uhr
den Sitzungssaal.

c) Festlegung Standort Mosaik (Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses)

Auf Antrag der SPD-Fraktion vom 28.03.2012 zum Erhalt des Mosaiks über dem Haupteingang der Gemeindehalle sprach sich der Gemeinderat in seiner Sitzung am 19.04.2012, Beschluss Nr. 754, dafür aus, das Mosaik über dem Haupteingang zur Gemeindehalle zu erhalten und im Erweiterungsbau der Schule als Kunst am Bau an geeigneter Stelle zu integrieren.

Das Mosaik (ca. 2,30 m x ca. 1,50 m) wurde vor Abbruch der Gemeindehalle durch die Firma Werkstätten für Mosaik und Glasmalerei GmbH, München, abgenommen und eingelagert. Die Wiederanbringung ist durch das Gewerk Baumeisterarbeiten auf Grund der erforderlichen Wandeinschnitte vorzubereiten.

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemäß Beschluss des Bau-, Verkehr und Grundstücksausschusses vom 26.06.2012, Nr. 535, ist der Standort des Mosaiks im Bereich des Foyers (z.B. oberhalb der Brüstung im Eingangsbereich) zu überprüfen.

Mit E-Mail vom 03.07.2012 hat das Architekturbüro Bayer & Strobel mitgeteilt, dass die Lage an der „Treppenbrüstung“ zum Eingang „Ausserschulische Nutzung“ aus Sicht der Architekten, alternativ zum Speisesaal / Mensa möglich ist. Die weiteren „freien“ Wände in der Eingangshalle EG werden seitens der Architekten als eher kritisch betrachtet, da das Mosaik dort nicht entsprechend zur Geltung kommen würde (zwischen zwei WC-Eingängen oder „unter“ dem Zwischenpodest der Treppe neben dem Sporthallenzugang).

Bei Anbringung an der Treppenbrüstung, zum Eingang von der Münchner Straße, ist das Mosaik durch das geplante festverglaste Fassadenelement stets zu sehen.

Auf Grund der geplanten Sichtbetonmatrizen wird die Einbringung in die Wand innerhalb der Mensa in Verbindung mit der dann erforderlichen Wandaufdickung auf die gesamte Wandlänge als sehr kostenintensiv betrachtet.

Alternativ zur Treppenbrüstung im EG wird weiter die Anbringung an dem Unterzug unter dem Hauptzugang vom Schulhof in der Eingangshalle mit Ansichtsseite Münchner Straße vorgeschlagen. Eine Überprüfung ergab, dass auf Grund der Größe des Mosaiks (ca. 2,30 m x ca. 1,50 m) dieses sehr beengt unter der Decke in der Eingangshalle angebracht werden müsste, was die Wirkung möglicherweise stark beeinträchtigt.

Das Mosaik über dem Haupteingang der ehemaligen Gemeindehalle war an die Dachform der Gemeindehalle angepasst und somit nicht rechteckig. Durch die beauftragte Firma Werkstätten für Mosaik und Glasmalerei GmbH könnte das Mosaik als Rechteck ergänzt werden.

Der Bürgermeister erläutert anhand einer Ansicht die beiden Varianten und bringt den Vorschlag ein, das Mosaik individuell, z.B. durch eine Unterflurbeleuchtung, hervorzuheben.

Der Bürgermeister gibt den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.11.2012, Nr. 600, bekannt.

879 19 Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat spricht sich für die Anbringung des Mosaiks an der Treppenbrüstung EG vom Eingang Münchner Straße aus.
Das Mosaik ist in seiner ursprünglichen Form zu erhalten.

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Eine Beleuchtung, z.B. Unterflurbeleuchtung, für das Mosaik ist in der weiteren Planung vorzusehen und die weiteren Schritte zur Anbringung sind zu veranlassen.

Az.: 621
3.1

Entlastung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates und weiterer Gemeinderatsmitglieder der GEOVOL Unterföhring GmbH für das Jahr 2011

Der Erste Bürgermeister sowie die Gemeinderatsmitglieder Herr Rott, Herr Prieler und Herr Ilmberger teilen mit, dass sie an dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt sich weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung beteiligen. Den Vorsitz übernimmt um 20.41 Uhr der Zweite Bürgermeister.

Herr Unterstein kommt um 20.41 Uhr in den Sitzungssaal zurück.

Der Zweite Bürgermeister verweist auf den Beteiligungsbericht in der Jahresrechnung 2011, in dem unter Punkt III die Beteiligung der Gemeinde Unterföhring an der GEOVOL GmbH erläutert ist. Neben Herrn Ersten Bürgermeister Schwarz als Vorsitzenden des Aufsichtsrates befinden sich drei weitere Gemeinderatsmitglieder und Herr Prof. Greulich im Aufsichtsrat der GmbH.

Der Zweite Bürgermeister verweist auf die zugestellten Jahresabschlussunterlagen 2011. Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgte durch den Wirtschaftsprüfer Dr. Johann Pentenrieder (Art. 107 Abs. 2 GO). In der 57. Aufsichtsratssitzung am 23.07.2012 wurde die Geschäftsführung einstimmig für 2011 entlastet.

Den Gemeinderatsmitgliedern wurde eine Bilanz 2011, Gewinn- und Verlustrechnung 2011 übersandt. Der komplette Prüfbericht (inklusive Wirtschaftsprüfertestat) konnte beim Kämmerer Herrn Blank eingesehen werden.

Im Rahmen der örtlichen Rechnungsprüfung kann nach Art. 103 und Art. 106 Abs. 4 GO der Jahresabschluss der GmbH mitgeprüft werden.

Mit Entlastung durch den Gemeinderat werden sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrates entlastet.

880

16

Beschluss: 16 : 0

Aufgrund des vorgelegten Jahresabschlusses entlastet der Gemeinderat für das Jahr 2011 den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und den Aufsichtsrat der GEOVOL Unterföhring GmbH, an der die Gemeinde Unterföhring

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

zu 100 Prozent beteiligt ist.

Der Erste Bürgermeister sowie die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger, Herr Prieler und Herr Rott haben sich gemäß Art. 49 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

Der Erste Bürgermeister sowie die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger, Herr Prieler und Herr Rott kehren um 20.45 Uhr in den Sitzungssaal zurück. Der Erste Bürgermeister übernimmt erneut den Vorsitz.

Az.: 9111

2.1; 0.1; GEOVOL Unterföhring GmbH

Tagespflegeplätze im Hillebrandhof Ismaning für Unterföhringer BürgerInnen; Weiterführung der Vereinbarung

Gemäß Beschluss des Gemeinderats vom 08.12.2011, Nr. 704, wurden drei Tagespflegeplätze im Hillebrandhof in Ismaning für Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger bis Ende 2012 verlängert; entsprechende finanzielle Mittel wurden eingeplant.

Der Beschluss wird in Erinnerung gebracht.

Derzeit sind acht Plätze von Unterföhringer Einwohnern im Hillebrandhof belegt.

Nachdem der Gemeinderat das Seniorenkonzept am 13.09.2012 beschlossen hat, aber eine schnelle Realisierung eigener Tagespflegeplätze im Gockl nicht sofort möglich ist, wird vorgeschlagen, erneut die drei Plätze bis 31.12.2014 zu verlängern.

Die Nachbarschaftshilfe Ismaning (Trägerin) hat sich bereits positiv geäußert und würde wieder drei Tagespflegeplätze anbieten, bei Bedarf und Verfügbarkeit auch mehr.

Für die Tagespflege der Nachbarschaftshilfe Ismaning e. V., Sozialzentrum, wurden in 2011 (12 Monate) 31.252,00 € ausgegeben.

In 2012 (11 Monate) wurden 18.504,00 € bisher ausgegeben.

881 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat legt fest, dass zunächst bis Ende 2014 die drei bisherigen Tagespflegeplätze für Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger im Hillebrandhof Ismaning weiterhin aufrechterhalten werden.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Vereinbarung mit der zuständigen Nachbarschaftshilfe zu verlängern.

Entsprechende Haushaltsmittel werden für 2013 und 2014 zur Verfügung gestellt.

Az.:

1.24; 2.1; 4.1

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bayerische Ehrenamtskarte; mögliche gemeindliche Beteiligung (Empfehlungsbeschluss des Wohnungs- und Sozialausschusses)

Der Landkreis stellt Ehrenamtskarten für ihre bürgerschaftlich Engagierten aus, wenn die persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind (der Nachweis durch Vereine, Organisationen etc. ist erforderlich).

Der Landkreis hat mit Schreiben vom 08.08.2012 über die Beteiligung kommunaler Einrichtungen und privater Unternehmen als Akzeptanzstellen für die Ehrenamtskarte informiert.
Das Schreiben ist den Mitgliedern des Gemeinderats übermittelt worden.

Es stellt sich die Frage, ob und wie sich die Gemeinde Unterföhring an der Ehrenamtskarte beteiligen kann.
Der Landkreis übernimmt die Akquise von Akzeptanzstellen (Unternehmen, kommunale Einrichtungen) vor Ort.

Konkret werden von der Verwaltung folgende Ideen eingebracht.

- Alle, die im Besitz einer Ehrenamtskarte im Landkreis München sind, erhalten einmal pro Jahr eine Gutschrift (10 x 3 €) auf Kulturkarten der Gemeinde Unterföhring (nicht befristet).
- Es wird angeregt, dass Vereine eine Ermäßigung auf die Eintrittspreise (Mitgliedspreise) erhalten (Besprechung im Frühjahr mit den Vereinen).
- Firmeninhaber/Betriebe werden gebeten, sich mit „Bonus oder Rabatten“ zu beteiligen. Angesprochen werden kann der Gewerbeverband Unterföhring.

Der Wohnungs- und Sozialausschuss hat in seiner Sitzung vom 27.11.2012 die Einführung und Beteiligung des Landkreises begrüßt. Weiter wurde die Empfehlung ausgesprochen, sich zu beteiligen, in dem die Gemeinde auf Antrag einmal pro Jahr eine Gutschrift der Kommune (10 x 3,-€, Einlösung nicht befristet) vergibt. Es wurde weiter angeregt, dass Vereine eine Ermäßigung auf die Eintrittspreise (Mitgliedspreise) erhalten (Besprechung im Frühjahr mit den Vereinen).

Das Schreiben des Landratsamts München vom 11.12.2012, mit der Mitteilung, dass es im Landkreis München ca. 13.000 ehrenamtlich Tätige gibt, wird bekannt gegeben.

882 20

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat begrüßt die Einführung einer Ehrenamtskarte und die Beteiligung durch den Landkreis München.

Sobald diese eingeführt ist, beteiligt sich die Gemeinde Unterföhring wie nachfolgend dargestellt:

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Alle, die im Besitz einer Ehrenamtskarte im Landkreis München sind, erhalten einmal pro Jahr auf Antrag eine Gutschrift (10 x 3 €) auf Kulturkarten der Gemeinde Unterföhring (Einlösung nicht befristet).
- Es wird angeregt, dass Vereine eine Ermäßigung um 1,00 € auf die Eintrittspreise (Mitgliedsbeiträge) geben (Besprechung im Frühjahr mit den Vereinen).

Az.:
0.1; 0.3

Kooperationsvereinbarung zum präventiven Kinderschutz im Landkreis München

Die Verbesserung der Qualität und Wirksamkeit des präventiven Kinderschutzes ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dies war für den Jugendhilfeausschuss des Landkreises München Anlass dafür, eine regionale Kinderschutzkonzeption auszuarbeiten und einstimmig zu beschließen. Ein wichtiger Bestandteil der Handlungsempfehlungen ist die Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis München und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden in Kooperationsvereinbarungen zur Weiterentwicklung und Verbesserung des präventiven Kinderschutzes festzuhalten.

Bereits Anfang 2010 hat die Gemeinde Unterföhring das Projekt „MAMA – GeMeinsAM stArk“ ins Leben gerufen. Dieses damals landkreisweit erste kommunale Projekt dieser Art ist ein Unterstützungssystem mit koordinierten Hilfsangeboten für Eltern und Kinder ab Beginn der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren mit einem Schwerpunkt in der Altersgruppe der 0 bis 3 Jährigen. Das Beratungs- und Unterstützungsangebot erstreckt sich von der Schwangerschaftsbegleitung über die Frühförderung und Betreuung bis hin zur Erziehung und Entwicklung des Kindes. Die Gemeinde Unterföhring arbeitet in ihrem Projekt bereits in enger Verbindung mit dem Projekt AndErl des Landkreises München zusammen.

Die Gemeinde Unterföhring hat mit dem Projekt „MAMA – GeMeinsAM stArk“ somit weit früher ein kommunales Hilfesystem für Eltern und Kinder eingerichtet, das die vom Landkreis München nunmehr beschlossene interkommunale Zusammenarbeit hinsichtlich des präventiven Kinderschutzes bereits leistet. Durch die Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis München könnte die Gemeinde die Qualität und Wirksamkeit des präventiven Kinderschutzes weiter ausbauen und die Zusammenarbeit mit dem Landkreis München zusätzlich stärken.

Zusätzliche Kosten für die Kooperationsvereinbarung werden nicht anfallen.

Herr Dr. Ernstberger verlässt den
Sitzungssaal um 20.57 Uhr.

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

883 19 Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat unterstützt die vom Landkreis München ins Leben gerufene interkommunale Kooperation zum präventiven Kinderschutz und beschließt, dass zur Weiterführung des bereits bestehenden Projekts MAMA die Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis München geschlossen wird.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Kooperationsvereinbarung entsprechend zu unterzeichnen.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Dr. Ernstberger ist zu diesem Tagesordnungspunkt nicht anwesend.

Az.:445
1; 0

Bekanntgaben und Anfragen

Der Vorsitzende gibt folgendes bekannt:

- Bundesautobahn A99/Autobahnring München; Verlegung der Anschlussstelle Aschheim/Ismaning zur Kreisstraße M 3
Der Vorsitzende gibt das Schreiben der Autobahndirektion Südbayern an Frau Landrätin Rumschöttel vom 14.11.2012 bekannt.

- Sachstandsbericht Elektrotankstelle
Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 13.09.2012, Nr. G815, und das Antwortschreiben der Firma E.ON Bayern AG vom 22.10.2012 in Erinnerung, in welchem die Übernahme der Ladesäule abgelehnt und der Rückbau durch die Firma E.ON Bayern AG beschlossen wurde. Die Verwaltung wurde beauftragt einen neuen Stromanbieter für den gleichen Standort zu suchen.

Die E.ON-Ladesäule am S-Bahnhof wurde am 06.12.2012 rückgebaut. Nach schriftlicher Anfrage durch die Gemeinde Unterföhring wurde dies verspätet durch E.ON Bayern AG am 10.12.2012 per E-Mail mitgeteilt. Durch das Technische Bauamt – Tiefbau werden derzeit Angebote bei verschiedenen Elektrofachbetrieben zur Erstellung einer gemeindeeigenen Ladesäule eingeholt.

- Neubau einer Volkshochschule im BAHOG-Gelände
Der Erste Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Gemeinderates seit 09.02.2010, Nr. 534, und vom 08.11.2012, Nr. 864, sowie die Beschlüsse des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses seit 31.05.2011, Nr. 396, in Erinnerung.

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat hat beschlossen, für die Erzielung eines optimalen Planungsergebnisses für das vhs-Zentrum Unterföhring auf dem Grundstück Fl.Nr. 202 einen begrenzt offenen Ideen- und Realisierungswettbewerb vorzubereiten und dem Gremium vor Auslobung vorzulegen. Als Planungsziel ist das Raumprogramm der VHS (Schreiben vom April 2012) um eine ausreichend dimensionierte Tiefgarage zu erweitern. Mit der weiteren Vorbereitung ist der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München e.V. zu beauftragen.

Nachdem der für den Neubau der Volkshochschule im BAHOG-Gelände durchzuführende Architektenwettbewerb unmittelbar Einfluss in die Rahmenplanung für das gesamte BAHOG-Gelände nimmt, findet noch in 2012 ein erstes Vorgespräch zur zeitlichen Koordinierung der Beteiligtenrunde Gemeinderat / VHS / Planungsverband zwischen den zuständigen Stellen der Gemeindeverwaltung Unterföhring und den Stellen des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München e.V. statt.

- Errichtung von weiterführenden Schulen im Landkreis München
Der Vorsitzende gibt das Schreiben von Frau Landrätin Rumschöttel vom 04.12.2012 hinsichtlich des Gymnasiums in Ismaning bekannt, in dem u. a. mitgeteilt wird, dass der Landkreis München vor Abschluss des Genehmigungsverfahrens für das Gymnasium Ismaning keinen weiteren Antrag an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus richten wird. Der Antrag des Landkreises München bezüglich eines Gymnasiums in Ismaning liegt derzeit beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus zur Genehmigung.

Herr Dr. Ernstberger kehrt um 20.59 Uhr
in den Sitzungssaal zurück.

Nachdem keine weiteren Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats vorliegen, dankt der Vorsitzende den Mitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit im ablaufenden vergangenen Jahr, wünscht ein frohes Weihnachtsfest sowie ein gutes Jahr 2013. Diese guten Wünsche ergehen auch an die anwesenden Zuhörer sowie die Presse.

58. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.02 Uhr.

Franz Schwarz
Erster Bürgermeister

Thomas Weingärtner
Zweiter Bürgermeister
(Zu Tagesordnungspunkt 11)

Rosemarie Keil
Schriftführerin